

**Gemeinsame Stellungnahme von 100 Organisationen**

**Bündnis AGG Reform-Jetzt!**

**MEHR FORTSCHRITT  
WAGEN HEISST  
AUCH MEHR  
ANTIDISKRIMINIERUNG  
WAGEN!**

**Zentrale Aspekte zur Stärkung des  
rechtlichen Diskriminierungsschutzes**

**Die 11 wichtigsten Änderungsforderungen  
zur AGG Reform aus zivilgesellschaftlicher Sicht**

## **Bündnis AGG Reform-Jetzt!**

Impressum:

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)

Geschäftsstelle

Lychener Str. 76

10437 Berlin

Email: [info@antidiskriminierung.org](mailto:info@antidiskriminierung.org)

[www.antidiskriminierung.org](http://www.antidiskriminierung.org)

---

## STATEMENTS

„Das AGG muss reformiert werden, um Diskriminierungsschutz auf das staatliche Handeln auszuweiten.“

Büro zur Umsetzung von  
Gleichbehandlung (BUG)

„Das AGG muss endlich seine Samtpfötchen verlieren – das Antidiskriminierungsgesetz braucht Biss!“

Deutscher Juristinnenbund (djb)

„Tagtäglich werden Menschen wegen ihren vermeintlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeiten diskriminiert und von so vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen ausgeschlossen. Genau deswegen freuen wir uns, dass die AGG Reform eine Erweiterung der Diskriminierungsmerkmale beinhaltet. Kategorien der Diskriminierung wie soziale Zugehörigkeit, familiäre Fürsorgeverantwortung oder Geschlechtsidentität, müssen unbedingt im AGG aufgenommen werden. Nur so kann Mehrfachdiskriminierung und ein intersektionaler Ansatz an Diskriminierungsbekämpfung auch endlich eine Gesetzeslage gestalten, die mit der Realität mithalten kann.“

Dachverband der Migrant:innenorganisationen (DaMigra)

„Die AGG-Reform ist wichtig, damit Menschen ihre Rechte auf einfachem Wege einfordern können und Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen gleichermaßen ermöglicht wird.“

Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe

„Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist im Jahr 2006 trotz vielfacher Kritik durch Betroffene, deren Verteidiger\*innen und Expert\*innen, darunter auch der BZI, in Kraft getreten. Somit stand es von Beginn an auf wackeligen Beinen und wurde im Verlauf der Jahre zu einer ewigen Baustelle, die ein gerechtes Zusammenleben erschwert anstatt gefördert hat. Mit den Änderungsvorschlägen möchten wir die offenkundigen Schwachstellen des Gesetzes beheben und ein AGG schaffen, das verhältnismäßig und abschreckend wirkt und dabei möglichst alle Diskriminierungsbereiche aufgreift.“

Bundeszuwanderungs- und  
Integrationsrat (BZI)

„Ein reformiertes AGG legitimiert mehr als bisher die Bearbeitung des Themas Diskriminierung in Schulen, was unsere tagtägliche Arbeit ausmacht. Die staatliche Institution Schule erhält dadurch einen präzisen Veränderungsauftrag.“

Netzwerk für Demokratie  
und Courage e.V. (NDC)

„In unserem Beratungsalltag wird deutlich, dass das AGG in seiner derzeitigen Fassung keinen umfangreichen Diskriminierungsschutz für Betroffene bietet. So gibt es zum Beispiel wichtige Lebensbereiche, die das Gesetz nicht abdeckt. Speziell bei Diskriminierungen in den Bereichen Schule, öffentliche Verwaltung und Polizei fehlt es an Regelungen.“

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des  
Türkischen Bund Berlin Brandenburg  
(ADNB des TBB)

„Diskriminierung ist in Deutschland nach wie vor eine alltägliche Erfahrung von vielen Menschen. Die bestehenden rechtlichen Regelungen zum Schutz vor Diskriminierung sind lückenhaft und unzureichend. Daher fordern wir eine umfassende AGG-Reform!“

Antidiskriminierungsbüro Sachsen  
(ADB Sachsen)

„Gewichtsdiskriminierung ist eine der häufigsten Diskriminierungsformen in Deutschland, mit gravierenden Folgen für die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen, trotzdem fehlt bisher ein Schutz. Die angekündigte Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes muss hier dringend Abhilfe schaffen: Es braucht ein AGG mit „Gewicht“!“

Gesellschaft gegen  
Gewichtsdiskriminierung (GgG)

„AGG erweitern und Schutzlücken schließen: Niemand darf wegen mangelnder deutscher Sprachkenntnisse, eines Akzentes oder Analphabetismus diskriminiert werden. Niemand darf aufgrund des Familienstandes diskriminiert werden. Paare werden gezwungen zu heiraten, um ein gemeinsames Leben in Deutschland führen zu können. Unverheiratete Paare haben nicht die gleichen sozialrechtlichen Ansprüche wie verheiratete.“

Verband binationaler Familien  
und Partnerschaften (vbfp/ iaf)

„16 Jahre Erfahrungen von Antidiskriminierungsberatungsstellen zeigen: Betroffene klagen sehr selten, weil zu viele Hürden bestehen. Beratungsstellen können zwar informieren und unterstützen, aber die Klagelast müssen Betroffene allein tragen. Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung müssen aber durchsetzbar sein und nicht nur auf dem Papier stehen. Deshalb muss das AGG dringend reformiert werden und u.a. Verbandsklagen ermöglicht werden.“

Antidiskriminierungsverband  
Deutschland (advd)

„Kurze Fristen, Unklarheiten zur Beweislast, zu niedrige Entschädigungszahlungen: Schlechte Gesetze sind mit dafür verantwortlich, dass Opfer von Diskriminierungen es oft gar nicht erst versuchen, ihre Rechte einzuklagen. Das muss sich ändern. Um grundsätzliche Rechtsfragen zu klären und damit Betroffene nicht länger alleine stehen braucht es dabei unbedingt eine Klagemöglichkeit für Verbände.“

Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)

